

Bericht
des Umweltausschusses
betreffend
die Unterlassung der Errichtung eines Atommüllendlagers in unmittelbarer Grenznähe

[L-2016-409745/2-XXVIII,
miterledigt [Beilage 277/2016](#)]

Die tschechische Bundesregierung plant die Errichtung eines Atommüllendlagers. Derzeit werden sieben Standorte einer näheren Überprüfung unterzogen. Unter anderem auch die Standorte Temelin und Dukovany, die bereits jeweils ein Atomkraftwerk mit zwei bzw. vier Reaktoren betreiben. Dukovany ist nur rund 150 km von der oberösterreichischen Grenze entfernt, Temelin sogar nur knapp 70 km. Durch die unmittelbare räumliche Nähe und die Tatsache, dass beide Standorte bereits ein Atomkraftwerk aufweisen, sind diese besonders brisant. Durch die Errichtung eines Atommüllendlagers an einem dieser beiden Orte würde dieser entgegen der oberösterreichischen Bemühungen endgültig als Atomstandort fixiert werden.

Ein Atommüllendlager wird auf die Dauer von mehreren tausend Jahren errichtet. Allein auf Grund dieser langen Zeitdauer, den laufenden meteorologischen Veränderungen und tektonischen Bewegungen kann eine Beeinträchtigung der Umwelt, insbesondere von Wasser, Luft und Boden, und somit für die heimische Bevölkerung für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Österreich, und insbesondere Oberösterreich, haben sich bewusst gegen die Atomtechnologie entschieden, um die eigene Bevölkerung und Umwelt, aber auch jene der Nachbarstaaten, nicht möglichen Folgen dieser mit Risiko behafteten Technologie auszusetzen.

Die Abkehr von der Atompolitik hat die österreichische Bevölkerung bereits vor fast drei Jahrzehnten beschlossen und haben die Vertreter der Bundes- und Landesregierungen, gestützt durch entsprechende Resolutionen, regelmäßig darauf aufmerksam gemacht. Wir erwarten daher, dass diese Entscheidung auch von unseren Nachbarländern akzeptiert wird und fordern die tschechische Bundesregierung auf, bei der Standortentscheidung für ein Atommüllendlager auf die oberösterreichischen Interessen und Rechte Rücksicht zu nehmen und die auf Atomenergie basierte Energiepolitik im Allgemeinen zu überdenken.

Der Umweltausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, die tschechische Bundesregierung aufzufordern, die Errichtung eines Atommüllendlagers in unmittelbarer Nähe zur oberösterreichischen Grenze zu unterlassen und ihre generelle Atompolitik zu überdenken. Zudem wird die Oö. Landesregierung ersucht, alle rechtlichen Möglichkeiten hinsichtlich einer Verhinderung eines grenznahen Standorts zu prüfen und gegebenenfalls auch auszuschöpfen.

Linz, am 1. Dezember 2016

Weichsler-Hauer

Obfrau

KommR Lackner-Strauss

Berichterstatterin